

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 17. Juli 1959

9/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r, Dr. v a n T o n g e l und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend die Erfüllung des Art.27(1) des Staatsvertrages durch die Tschechoslowakische Republik und andere Schuldnerstaaten.

-.-.-.-.-

Mit Anfrage vom 4. März d.J. (390/J) haben die Abgeordneten Dr. Pfeifer, Dr. Gredler und Genossen an die obigen Bundesminister die Anfrage gerichtet,

- 1.) ob sie bereit sind, über den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Entschädigung der vertriebenen Österreicher mit der Tschechoslowakischen Republik und anderen verpflichteten Staaten dem Nationalrat umgehend zu berichten;
- 2.) ob der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten bereit ist, die in Art.35 des Staatsvertrages vorgesehene Kommission anzurufen, um die säumigen Staaten zur Erfüllung ihrer vermögensrechtlichen Verpflichtungen zu verhalten;
- 3.) ob der Bundesminister für Finanzen bereit ist, den vertriebenen österreichischen Staatsbürgern in Notfällen aus dem im Finanzgesetz hiefür in Betracht kommenden Kredit Vorschüsse zu leisten;
- 4.) ob der Bundesminister für Finanzen bereit ist, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der die Grundlage bietet, den vertriebenen Auslandsösterreichern und Volksdeutschen aus der österreichisch-ungarischen Monarchie die nötige Hilfe zur Eingliederung und Existenzsicherung gewähren zu können, unbeschadet der nachhaltigsten Geltendmachung der österreichischen Ersatzansprüche gegenüber den verpflichteten und schuldigen Staaten.

Auf diese Anfrage hat bisher keiner der beiden Bundesminister geantwortet.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Sind der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, die obige Anfrage vom 4. März d.J. endlich zu beantworten und die darin behandelten Maßnahmen im Interesse tausender geschädigter österreichischer Staatsbürger ungesäumt zu ergreifen?

-.-.-.-.-